

KURZZUSAMMENFASSUNG

Der volkswirtschaftliche Nutzen des Klimaschutzes

Studie von Prof. Dr. Olav Hohmeyer (Flensburg) im Auftrag von Germanwatch mit Kosten-Nutzen-Vergleich von ambitioniertem Klimaschutz

Von Herbst 2013 bis Herbst 2014 hat der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) die Teilberichte seines fünften großen Sachstandsberichts vorgelegt. Der Report erläutert vor allem, dass sich die Menschheit mit großen Schritten dem Punkt nähert, ab dem es unmöglich wird, den Klimawandel so weit zu begrenzen, dass katastrophale Auswirkungen noch zu vermeiden sind (IPCC 2013, S. 19). Der Bericht unterstreicht deshalb die dringende Notwendigkeit für einschneidende globale Minderungen der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen (IPCC 2013, S. 27f).

Der Bericht weist jedoch an einer Stelle eine wesentliche Auslassung auf: Die Kosten infolge des Unterlassens eines ambitionierten Klimaschutzes werden ökonomisch nicht quantifiziert und bleiben damit vage. Der Nutzen des Klimaschutzes durch vermiedene schwerwiegende Auswirkungen des Klimawandels wird von der Arbeitsgruppe II des IPCC in der Regel nur qualitativ diskutiert oder in physischen Effekten quantifiziert. Im selben Sachstandsbericht quantifiziert der Weltklimarat zwar ausführlich die ökonomischen Kosten der verschiedenen *Treibhausgasreduktions- und Anpassungsstrategien*. Er vermeidet es jedoch, auch die Schäden des Klimawandels mit einem Preisschild zu versehen. So wird nicht deutlich, dass *die Kosten unterlassenen Klimaschutzes* nach heutigem Wissensstand weit größer wären als die *Kosten einer ernsthaften Klimaschutzstrategie*.

Der IPCC weicht diesem Vergleich aus, weil bei dieser Abschätzung unvermeidlich Wertfragen zu berücksichtigen sind, zum Beispiel: Werden nach einer Dürre nur Kostensteigerungen von Getreide berücksichtigt, oder auch die in der Folge hungernden oder gestorbenen Menschen? Wird Menschenleben – wie in vielen gängigen Wirtschaftsmodellen – je nach Kaufkraft ein extrem unterschiedlicher Wert gegeben, so dass ein Leben in einem Nicht-Industrieland nur ein Bruchteil eines Lebens in den Industrieländern wert wäre? Soll dem Verlust von Menschenleben in der Zukunft in den Modellen weniger Wert beigemessen werden als einem Menschenleben heute? Nach derzeitiger IPCC-Sicht sind die Wert- und Menschenrechtsverständnisse weltweit zu unterschiedlich, um hier zu allgemein anerkannten Annahmen zu kommen.

Der vorliegenden Studie liegen europäische Wertvorstellungen zugrunde, die unter anderem auf dem Gleichheitsgrundsatz der UN-Menschenrechtskonvention – **jeder Mensch ist gleich viel Wert** – beruhen und wie sie auch im deutschen Grundgesetz verankert sind (und die natürlich auch außerhalb Europas zu finden sind). Sie zeigt, dass es auf dieser Basis möglich ist – trotz der erheblichen Unsicherheiten bei der monetären Abschätzung des Nutzens des Klimaschutzes (bzw. der potenziellen oder verhinderten Kosten eines ungebremsten Klimawandels) – diesen Nutzen zu beziffern und den Kosten der erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen gegenüberzustellen.

Für Deutschland liegt mit der Methodenkonvention zur Schätzung externer Umweltkosten (UBA 2012) ein wissenschaftlich sehr gut fundierter Vorschlag vor. Im direkten Vergleich der Kosten des Klimaschutzes mit den durch diesen Klimaschutz vermeidbaren Klimaschadenskosten wird klar, dass anspruchsvoller Klimaschutz nicht „nur“ moralisch, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Hier zeigt sich, dass einer

Einbuße von wenigen Prozent Wirtschaftswachstum durch die Ausgaben für Klimaschutz ein deutlich höherer Nutzen durch vermiedene Klimaschäden gegenüber steht. Bereits im Jahr 2050 liegt der **Nutzen des Klimaschutzes bei mehr als dem Dreifachen der Kosten**. Konkret: Ambitionierter Klimaschutz, der das Zwei-Grad-Limit einhält, würde bis **2050 Klimaschadenskosten in der Größenordnung von weltweit 16 Billionen Euro verhindern**. Nach Angaben der Arbeitsgruppe III des IPCC **kostet eine solche ambitionierte Klimaschutzstrategie etwa 5 Billionen Euro** (berechnet aus den Angaben des IPCC, IPCC 2014a, S. 47). Hinzu kommt: Entschiedener Klimaschutz kann zudem zum zentralen Motor für ressourcen-effizientes Wachstum werden und so weitere positive volkswirtschaftliche Effekte auslösen.

Neben humanitären und moralischen Gründen sprechen demnach auch starke volkswirtschaftliche Gründe dafür, das von der Weltgemeinschaft beschlossene Zwei-Grad-Limit nicht zu überschreiten. Szenarien wie das vom IPCC entwickelte Szenario RCP2.6, das die bis zum Jahr 2100 noch möglichen Emissionsmengen auf ca. 1000 Gt CO₂ (ab 2011) beziffert, müssen somit die Grundlage aller weiteren Klimapolitik sein. Daran müssen sich das für Paris angestrebte Klimaabkommen sowie die für die Folgejahre erhoffte Dynamisierung der Klimapolitik messen lassen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, möglichst rasch wirkungsvolle Maßnahmen zur durchgreifenden Verminderung der weltweiten Treibhausgasemissionen zu ergreifen und die sich bietenden wirtschaftlichen und technologischen Chancen einer grundlegenden Transformation der Weltwirtschaft zu nutzen. Besonders im Bereich der Energieeffizienz und der Umstellung auf eine regenerative Energieversorgung bieten sich vielfältige Chancen, die ein großes Emissionsreduktionspotenzial aufweisen und damit Schäden durch den Klimawandel sowie die entsprechenden Kosten verringern. Je früher diese Chancen ergriffen werden, desto kostengünstiger ist die Strategie.

Die Studie im Internet

- Deutsch:
Nutzen des Klimaschutzes. Warum der fünfte Sachstandsbericht des IPCC zu kurz greift
www.germanwatch.org/de/10455
 - Englisch:
The Benefits of Mitigating Climate Change. Why the 5th Assessment Report of the IPCC Falls Short
www.germanwatch.org/en/10693
-

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19
Website: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72
D-10963 Berlin
Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1
E-Mail: info@germanwatch.org

Die Studie wurde gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst. Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.